

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Zu Lasten der Patienten](#)
2. [Kritik am neuen Infektionsschutzgesetz: Die fragwürdige Macht des Inzidenzwerts](#)
3. [Spahn tüftelt an Rückfallplan für Kliniken](#)
4. [Frankreichs schwarze Corona-Pädagogik](#)
5. [Der Globale Süden und der große Lockdown](#)
6. [Angst vor Corona könnte tödlich sein](#)
7. [Corona-Infektionen finden vor allem an „Superspreader“-Orten statt](#)
8. [Reformbedarf bei Krankenhausfinanzierung: Personallücken, Pflegeengpässe, Privatisierungsdruck: Studie empfiehlt Abschaffung der DRG-Fallpauschalen](#)
9. [Hartz IV: Die meisten Kinder gehen leer aus](#)
10. [600-Millionen-Angebot: Die Lufthansa-Piloten beugen sich dem Spar-Druck](#)
11. [Verfassungsgericht zum Atomausstieg: Atom-Entschädigung? So nicht.](#)
12. [Trump oder Biden: Für Russland ist's ganz egal](#)
13. [Berlins Beitrag zur Destabilisierung des Mittelmeers](#)
14. [Unnahbar und ohne Führungskraft: Kritik an Von der Leyen wächst](#)
15. [Klare Mehrheit zu Impfung bereit](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Zu Lasten der Patienten**

Sogenannte Fallpauschalen sollen dafür sorgen, dass Behandlungskosten in Kliniken nicht explodieren. Laut einer Studie führen sie jedoch dazu, dass mehr als 100 000 Pflegekräfte fehlen.

Die Finanzierung der Kliniken durch sogenannte Fallpauschalen gefährdet die Qualität der Behandlung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Das System sei intransparent und erzeuge Kostendruck, der

insbesondere zu einer dramatischen Unterbesetzung in der stationären Krankenpflege führe. Dort fehlten bereits mehr als 100 000 Vollzeitstellen, heißt es in der Studie, die am Donnerstag veröffentlicht werden soll und der Süddeutschen Zeitung vorliegt. Der Personalmangel gehe zulasten der Patientenversorgung, mahnt der Autor der Studie, der Hannoveraner Gesundheitsforscher Michael Simon. Unterbesetzung in den Kliniken erhöhe "das Risiko schwerer und lebensbedrohlicher Komplikationen bis hin zum Versterben".

Quelle: [Süddeutsche](#)

2. **Kritik am neuen Infektionsschutzgesetz: Die fragwürdige Macht des Inzidenzwerts**

50 Infizierte pro 100.000 Einwohner: Dieser Grenzwert für schwerwiegende Corona-Maßnahmen soll gesetzlich verankert werden. Einige Wissenschaftler finden das höchst problematisch. Wie kam die Zahl zustande? [...]

Bei den Neuinfektionen handle es sich um Laborbefunde, deren Erfassungshäufigkeit erheblich von den Testaktivitäten und -verfahren abhängig seien. Diese würden sich häufig ändern, und mit ihnen auch der Anteil der erfassten Meldungen. "Der Anteil der Untererfassung unterliegt Schwankungen, und ohnehin ist ein einziger Indikator für so weitreichende Entscheidungen nicht sachgerecht", sagt Krause, der bei der Anhörung im Bundestag als Sachverständiger geladen ist.

Stattdessen müsse man auch andere Indikatoren einbeziehen, die Zahl der freien Intensivbetten etwa, die Altersverteilung der Erkrankten oder welche Berufsgruppen betroffen seien. "Es kann auch einen Unterschied machen, ob etwa ein Altersheim oder eine Schulklasse betroffen ist, allein am Inzidenzwert sieht man das nicht", so Krause.

Auch der Statistikexperte Gerd Antes äußert entsprechende Bedenken: "Diese ganze Palette von gegenwärtigen Maßnahmen, die ungeheuren politischen und sozialen Sprengstoff haben, an nur einen einzigen Parameter zu koppeln, ist mehr als irrwitzig", sagte er. Die Werte seien unter ganz anderen Bedingungen entstanden und stünden heute praktisch ohne valide Begründung im Raum.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Gerald Krause hebt sich mit seinen differenzierten Aussagen von der Masse der "herrschenden" Virologen ein Stück ab.*

3. **Spahn tüftelt an Rückfallplan für Kliniken**

Der Klinik-Kollaps in Deutschland ist noch fern. Aber der Gesundheitsminister hat bereits Pläne für den Fall der Fälle: Isolierte Ärzte oder Pfleger könnten dann durchaus weiterarbeiten. Sogar für infizierte Mediziner sei das unter strengen

Schutzvorkehrungen denkbar, meint Spahn.

In der grassierenden Corona-Pandemie müssen laut Gesundheitsminister Jens Spahn notfalls auch positiv auf das Virus getestete Mitarbeiter von Kliniken oder Pflegeheimen arbeiten. Der beste Weg sei, dass ein Infizierter und die Menschen, die mit ihm in Kontakt standen, in Quarantäne bleiben, sagte der CDU-Politiker auf dem Deutschen Pflorgetag in Berlin. "Wenn wegen Isolation und Quarantänemaßnahmen so viele dann gar nicht mehr da sind, im Krankenhaus, in der Arztpraxis, in der Pflegeeinrichtung, dass die Versorgung zusammenbricht, muss man schauen, was ist neben der bestmöglichen Lösung die zweitbeste", sagte Spahn. Dann könne es nötig sein, dass die Kontaktpersonen mit täglichen Tests und FFP2-Masken weiter arbeiten. Die "Rückfallrückfallposition" sei, "die positiv Getesteten mit ganz besonderen Schutzvorkehrungen auch arbeiten zu lassen".

Quelle: [n-tv](#)

Anmerkung JK: *Das ist doch der absolute Aberwitz! Die Idee Spahns ist eine vollständige Bankrotterklärung der Gesundheitspolitik der Merkel-Regierung und es kommt kein Wort der Kritik, obwohl der Personalmangel an Kliniken und in Pflegeeinrichtungen seit Jahren bekannt ist.*

4. Frankreichs schwarze Corona-Pädagogik

Seit Beginn der Ausgangssperren wurden etwa 90.000 Strafen verhängt, wer mehrmals ohne Passierschein das Haus verlässt, kann ins Gefängnis kommen. Die Beschränkung der Bewegungsfreiheit in Frankreich ist strikt. Für jeden Gang außer Haus braucht es ein Formular, eine Attestation de Déplacement, die auf der Internetseite des Innenministeriums heruntergeladen werden kann. Darin aufgeführt werden 9 Ausnahmegründe, die es gestatten, trotz der Ausgangssperre die Wohnung zu verlassen.

Neben Arbeit und Schule, wichtigen Einkäufen, dringenden Familienangelegenheiten sind auch die Nöte der Haustiere als Grund aufgeführt. Eine Stunde lang darf man innerhalb eines Radius von einem Kilometer Sport treiben oder spazieren gehen, wobei nur Begleitung aus demselben Haushalt erlaubt ist. Das ausgefüllte und unterschriebene Formular mit genauer Datums- und Zeitangabe muss dabei sein, auf Papier oder dem Smartphone, auch wenn man nur zum Bäcker gleich nebenan geht. Die Strafen haben es in sich: 135 Euro Bußgeld, wenn man das Formular bei einer Kontrolle nicht dabei hat. Das kann sich bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist auf bis zu 375 Euro erhöhen. Beim festgestellten Wiederholungsfall innerhalb von 15 Tagen sind 200 Euro Bußgeld fällig und bis zu 450 Euro bei Zahlungsver säumnis. Wird eine Person zum dritten Mal innerhalb von 30 Tagen ohne Attestation, ohne beglaubigten

Grund zum Verlassen der Wohnung, angetroffen, so erhöht sich das Bußgeld auf 3.750 Euro, darüber hinaus ist in diesem Fall eine Freiheitsstrafe von 6 Monaten angesetzt.

Quelle: [Telepolis](#)

5. **Der Globale Süden und der große Lockdown**

Während sich die Industrieländer üppige Konjunkturprogramme leisten können, wächst im Globalen Süden die Armut. Auf Bildung, Ernährung, Arbeitsplätze und Entwicklung wirkt sich die Pandemie verheerend aus. Viele Staaten verlangen nun einen radikalen Schuldenschnitt.

Quelle: [LMd](#)

6. **Angst vor Corona könnte tödlich sein**

Bisher sind in Deutschland fast 12.000 Menschen in Zusammenhang mit einer Coronavirus-Infektion gestorben. Ohne Corona-Maßnahmen wie dem Lockdown im Frühjahr läge diese Zahl um ein Vielfaches höher, sind Experten überzeugt. So konnten viele Todesfälle durch Covid-19 also vermieden werden – es gibt jedoch Hinweise, dass Todesfälle durch andere Ursachen gleichzeitig zunahmen. Aus Sicht von Mediziner*innen könnte dies unter anderem mit dem Lockdown selbst, sowie mit der Angst vor einer Corona-Infektion in Kliniken zu tun haben.

So vermuten es zumindest Ärzte des Klinikum Hochrheins in Baden-Württemberg, die in einer Studie die Übersterblichkeit im Landkreis Waldshut während des ersten Lockdowns untersucht hatten. Was ihnen dabei auffiel: Im Durchschnitt lag die Zahl der Todesfälle in diesem Gebiet jeweils im April der Jahre 2016 bis 2019 bei 165,25. Im April dieses Jahres starben hingegen 227 Menschen – also fast 62 mehr als im Schnitt der Vorjahre. Die Übersterblichkeit lag damit bei 37 Prozent.

Von den 62 zusätzlichen Todesfällen konnten allerdings nur 34 mit einem bestätigten Covid-19-Fall in Verbindung gebracht werden. Die Corona-Pandemie war demnach nur für 55 Prozent der Übersterblichkeit verantwortlich, schreiben die Autoren. Auch ohne den direkten Einfluss von Covid-19 gab es im Landkreis damit eine immer noch hochsignifikante Übersterblichkeit von rund 17 Prozent. Aber warum?

Quelle: [n-tv](#)

dazu: Studie zur Corona-Übersterblichkeit: 45 Prozent starben infolge des Lockdowns

Eine Vorabstudie des Klinikums Hochrhein in Waldshut-Tiengen belegt: Im Frühjahr gab es eine Übersterblichkeit, doch nur etwa die Hälfte der Todesfälle hatte einen Bezug zu COVID-19. Viele Menschen starben, weil sie aus Angst vor einer Ansteckung nicht zum Arzt gingen.

Quelle: [RT deutsch](#)

7. Corona-Infektionen finden vor allem an „Superspreader“-Orten statt

Stanford-Forscher zeigen anhand von Mobilitätsdaten, wo in den USA die größten Infektionsherde sind. Demnach ist es durchaus sinnvoll, Restaurants zu schließen. [...] Der SPD-Politiker und studierter Epidemiologe Karl Lauterbach sprach auf Twitter von interessanten Ergebnissen. Er schrieb: "Diese Bereiche aus Shutdown zu öffnen verursacht wohl 80 Prozent der neuen Fälle. Sozial Schwache sind besonders betroffen. Lösung könnte bei Restaurants zum Beispiel sein: Maximal jeden 5. Tisch besetzen. Klingt trist, zeigt aber ganz klar, weshalb in Europa bei mehr Kälte Infektionen explodieren... für uns heißt das: wenn Wellenbrecher erfolgreich dürfen wir mE diese Bereiche nicht voll öffnen. Wir erleiden sonst einen Rückfall!"

Quelle: [Tagesspiegel](#)

Anmerkung JK: Der Tagesspiegel verbreitet, dass es "durchaus sinnvoll ist, Restaurants zu schließen". Allerdings ist der Artikel wieder blanke Manipulation, denn im Text ist zu lesen:

„Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass die Öffnung von Restaurants bei voller Auslastung zu dem größten Anstieg von Corona-Infektionen führte.“

und

„Christopher Dye, ein Epidemiologe an der Universität Oxford, gibt allerdings zu bedenken, dass die Mobilitätsdaten mit Daten aus der realen Welt validiert werden müssen. "Es handelt sich um eine epidemiologische Hypothese, die noch getestet werden muss.“

Bei dem ganzen handelt es sich also um ein ComputermodeLL und um keine empirischen Daten. Zudem sind die Restaurants in Deutschland schon seit dem ersten Lockdown und den danach geltenden Bestimmungen nicht mehr vollbesetzt. Aber das interessiert nicht, Hauptsache es wird die Schlagzeile geliefert, die man zur Rechtfertigung des Lockdowns braucht.

Eine drängende Frage stellt sich hier aber dennoch, wenn Gastronomie, Freizeiteinrichtungen, Kinos, Theater usw. über einen längeren Zeitraum geschlossen bleiben sollen, wie lange kann man wohl die Bürger in Arbeitsquarantäne halten? Vor allem jene, die keine Doppelhaushälfte mit Garten besitzen.

8. **Reformbedarf bei Krankenhausfinanzierung: Personallücken, Pflegeengpässe, Privatisierungsdruck: Studie empfiehlt Abschaffung der DRG-Fallpauschalen**

Die DRG-Fallpauschalen, über die seit gut 15 Jahren Behandlungen in deutschen Krankenhäusern abgerechnet werden, erzeugen Kostendruck ohne eine systematische Berücksichtigung von Qualität sowie intransparente, rational nicht begründete Umverteilungseffekte in und zwischen Kliniken. Dadurch hat das DRG-System sehr problematische Entwicklungen ausgelöst oder verstärkt. Dazu gehört die dramatische Unterbesetzung in der stationären Krankenpflege, wo mindestens 100.000 Vollzeitstellen fehlen und negative Konsequenzen für Patientinnen und Patienten dokumentiert sind. Außerdem hat das Fallpauschalen-System eine Privatisierungswelle angeschoben, durch die es erstmals in der Bundesrepublik weniger Allgemeinkrankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft gibt als Kliniken, die zu privaten, gewinnorientierten Konzernen gehören. Dieser Trend könnte sich wieder verschärfen, wenn Einnahmeausfälle durch die Corona-Pandemie nicht ausreichend ausgeglichen werden und Kommunen gleichzeitig aufgrund von Steuerausfällen nicht in der Lage sind, daraus entstehende Verluste ihrer Kliniken auszugleichen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine neue, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie des Gesundheitssystemforschers Prof. Dr. Michael Simon.* Angesichts der negativen Erfahrungen empfiehlt der Wissenschaftler, die Fallpauschalen abzuschaffen. Ersetzen sollte sie ein Vergütungssystem, das von einer qualitätsorientierten staatlichen Krankenhausplanung ausgeht und die wirtschaftliche Sicherung aller Krankenhäuser gewährleistet, die auf dieser Basis als bedarfsgerecht eingestuft werden. Dazu seien in letzter Zeit durch die Ausgliederung der Pflegebudgets aus dem DRG-System erste Schritte gemacht worden, die nun fortgeführt werden sollten, analysiert der Experte von der Hochschule Hannover.

Quelle: [Hans Böckler Stiftung](#)

9. **Hartz IV: Die meisten Kinder gehen leer aus**

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket wollte die Bundesregierung Familien in der Grundsicherung und Geringverdienern helfen – doch die Angebote kommen oft nicht an.

Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung kommt bei den meisten Kindern in Hartz-IV-Haushalten trotz einiger Verbesserungen weiter nicht an. Nur etwa 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler bis zu 14 Jahren profitieren von den staatlichen Zuschüssen für Sportvereine, Mittagessen, Schulmaterial oder Klassenfahrten. Dies geht aus einer Untersuchung des Paritätischen Gesamtverbands hervor, die auf Daten der Bundesagentur für Arbeit und einer Abfrage bei Jobcentern beruht. „Das Bildungs- und Teilhabepaket ist und bleibt Murks“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Sozialverbands, Ulrich Schneider.

Quelle: [Süddeutsche](#)

10. **600-Millionen-Angebot: Die Lufthansa-Piloten beugen sich dem Spar-Druck**
Seit Monaten versucht Konzernchef Carsten Spohr die Belegschaft auf einen Sanierungskurs zu zwingen. Mit dem Bodenpersonal konnte er sich nun einigen. Und die Piloten bieten an, auf "bis zu 50 Prozent" ihres Gehalts verzichten. [...] Die Stimmung im Konzern ist eisig. Beim Bodenpersonal sollen 2800 Stellen entfallen – das Management will jetzt ein Programm zum freiwilligen Ausscheiden und Altersteilzeit starten. Von den rund 5000 Piloten der Lufthansa-Kerngesellschaft drohen 1100 betriebsbedingte Kündigungen, sollte man sich nicht einigen. Entsprechende Verhandlungen für Sozialplan und Interessenausgleich hat die Lufthansa nach eigenen Angaben mit den Betriebsräten bereits eingeleitet. Bislang hatten sich VC und Unternehmen nur auf einen kurzfristigen Sanierungs-Tarifvertrag verständigt.

Quelle: [manager magazin](#)

11. **Verfassungsgericht zum Atomausstieg: Atom-Entschädigung? So nicht.**
Neun Jahre nach Beschluss holt der beschleunigte Atomausstieg die Bundesregierung erneut ein. Der finanzielle Ausgleich für betroffene Kraftwerksbetreiber ist unzureichend geregelt. Das Bundesverfassungsgericht verlangt Nachbesserung. Die Ausgleichszahlungen, die Atomkonzerne aufgrund des beschleunigten Atomausstiegs erhalten, müssen neu geregelt werden. Das hat das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung verlangt und damit der Verfassungsbeschwerde des schwedischen Versorgers Vattenfall stattgegeben. Die Gesetzesänderung von 2018 sei unzureichend und außerdem wegen formaler Mängel nie in Kraft getreten, entschied das Gericht nach einer Klage des Energiekonzerns. Der Erste Senat des Gerichts beanstandet mehrere Punkte. Zum einen seien die Voraussetzungen für Entschädigungszahlungen unklar geregelt. Zum anderen könne die bisherige Gesetzes-Novelle zu einer doppelten Kürzung der Ansprüche führen. Schließlich sei die Novelle aber auch wegen formaler Mängel bisher nicht in Kraft getreten. Es fehle an der verbindlichen Genehmigung der Regelung durch die EU-Kommission, so die Begründung. Der Gesetzgeber habe damit seine Pflicht noch nicht erfüllt, bis zum 30. Juni 2018 eine Neuregelung zu schaffen.

Quelle: [Tagesschau](#)

12. **Trump oder Biden: Für Russland ist's ganz egal**
Für Russland spielt es keine Rolle, wer US-Präsident wird. Das sagt der wohl prominenteste russische Politologe und erklärt warum. Entgegen der im Westen gängigen Meinung ist nicht alles Kreml-Propaganda, was in Russland gesagt und geschrieben wird. Die russische Zeitschrift «Russia in Global Affairs» zum Beispiel, die in russischer und englischer Sprache erscheint, ist gut

vergleichbar mit der US-amerikanischen Zeitschrift «Foreign Affairs». Beide haben hochstehende Autoren. – Chefredaktor Fyodor A. Lukyanov hat wenige Tage vor den US-Wahlen in seiner Zeitschrift darüber geschrieben, welche Auswirkungen diese auf Russland haben werden. Er hat Infosperber.ch auf Anfrage hin erlaubt, seine Analyse in deutscher Übersetzung abzdrukken.

Nach einem Jahrhundert, in dem Moskau und Washington effektiv die Welt beherrschten, klammert sich das politische Establishment in beiden Ländern an die Vergangenheit. Aber die Weltöffentlichkeit hat sich weiterbewegt und beide Staaten sind für die jeweils andere Seite nicht mehr so eminent wichtig.

Quelle: [Infosperber](#)

13. **Berlins Beitrag zur Destabilisierung des Mittelmeers**

Deutschland setzt die Aufrüstung der türkischen Marine fort – obwohl diese mit Griechenland und Zypern zwei EU-Mitglieder bedroht.

Die im östlichen Mittelmeer operierende türkische Marine ist in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten mit Kriegsschiffen und Gerät aus Deutschland im Wert von fast zehn Milliarden Euro aufgerüstet worden. Dies bestätigt das Bundeswirtschaftsministerium. Ankara kann für seine Operationen unmittelbar vor griechischen Inseln ebenso deutsche Fregatten nutzen wie zur Begleitung von Forschungsschiffen, die illegal zyprische Seegebiete auf mögliche Erdöl- und Erdgaslagerstätten erkunden. Im Konflikt mit Griechenland und Zypern stehen der Türkei auch deutsche Schnell- und U-Boote zur Verfügung – eine Tatsache, die nicht zuletzt deswegen Brisanz besitzt, weil Griechenland und Zypern als EU-Mitglieder Schutz auch durch Deutschland einfordern können. Tatsächlich gehörte Ankara zu den frühesten Kunden bundesdeutscher Kriegsschiffbauer; noch heute werden deutsche U-Boote in der Türkei in Lizenz produziert. Galt der Bundesregierung die Belieferung der Marine lange als legitim (“alles, was schwimmt, geht”), so rächt sich dies, seit sich Ankara als Seemacht zu begreifen beginnt.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

14. **Unnahbar und ohne Führungskraft: Kritik an Von der Leyen wächst**

In Brüssel wächst die Kritik an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen – auch aus den eigenen Reihen. Welche skurrilen Streitereien zuletzt ans Licht kamen. Eine stets etwas naiv klingende Ursula von der Leyen ruft bei der stets brummelig wirkenden Angela Merkel an und fragt um Rat – mit der Satire-Serie „Europa-Ursula“ landeten die Stimmenimitatoren der ARD-Hörfunksender einen Hit. Allzu weit weg von der Realität sind die Hörspiel-Podcasts nicht: Die Ex-Verteidigungsministerin hat – kaum ein Jahr als EU-Kommissionspräsidentin im Amt – ihren Kredit bei den deutschen Unionsfreunden gleich mehrfach verspielt: Der CDU-Europaabgeordnete Dennis Radtke aus Bochum, zugleich Chef der CDU-Arbeitnehmer in NRW, zieht eine fast

schon vernichtende Bilanz der Arbeit seiner Parteifreundin. Von der Leyen werde ihrem Führungsanspruch nicht gerecht, schrieb er in einem Gastbeitrag für Die Welt. In großen politischen Fragen wie dem Green Deal brauche die EU „weniger pathetische und wolkige Beschreibungen des Problems“, dafür aber „mehr beherztes Zupacken“. Auch nach Monaten im Amt habe sich der Führungsstil der Präsidentin nicht geändert: „Markige und/oder pathetische Überschriften nach außen, fehlende Kommunikation und Misstrauen nach innen, garniert mit dem völligen Ignorieren des Seelenlebens ihrer eigenen politischen Familie“, bilanzierte Radtke weiter. Er steht nicht allein.

Quelle: [Augsburger Allgemeine](#)

Anmerkung Albrecht Müller: *Dieses Stück ist zwar schon älter, aber interessant.*

15. Klare Mehrheit zu Impfung bereit

Die Impfbereitschaft der Deutschen bleibt weiter auf hohem Niveau – trotz eines leichten Rückgangs: Aktuell geben 37 Prozent an, sich auf jeden Fall impfen zu lassen, wenn ein Impfstoff vorliegt – im August waren es noch sieben Prozentpunkte mehr. 34 Prozent halten es aktuell für wahrscheinlich, dass sie sich impfen lassen. Das hat eine Umfrage von Infratest dimap für den ARD-DeutschlandTrend ergeben. 29 Prozent gaben hingegen an, dass sie sich „wahrscheinlich nicht“ oder „auf gar keinen Fall“ impfen lassen wollen. [...]

Seit 2. November sind Restaurants, Bars und Kneipen erneut geschlossen, gleiches gilt für Kultureinrichtungen wie Museen und Theater. Amateur- und Freizeitsport sowie touristische Übernachtungen sind verboten. Gut die Hälfte der Bundesbürger (54 Prozent) findet diese aktuellen Maßnahmen angemessen – zwei Punkte weniger im Vergleich zur Vorwoche. 18 Prozent (+2) meinen, dass die Auflagen nicht weit genug gingen. 26 Prozent (+2) hingegen finden, die neuen Einschränkungen gingen zu weit. Mehrheitlich gestützt werden die aktuellen Maßnahmen in den Wählermilieus von Grünen (70 Prozent), Union und SPD (jeweils 66 Prozent). Von übertriebenen Schritten sprechen dagegen insbesondere die Anhänger von AfD (56 Prozent) und FDP (51 Prozent).

Quelle: [Tagesschau](#)

Anmerkung JK: *Schon einmal davon gehört, dass die Befragten oft auch das antworten, was sie als sozial erwünscht erachten. Deswegen war die Wahlniederlage Hillary Clintons 2015 auch so eine große Überraschung. Aber es ist kaum anzunehmen, dass jemand der zu viert oder zu fünft in einer 70 m² großen Drei-Zimmer-Wohnung leben muss, der sich in Kurzarbeit befindet und um seinen*

Arbeitsplatz bangen muss, der als Soloselbständiger, freier Künstler, Gastronom, etc. in seiner beruflichen Existenz bedroht ist oder diese bereits verloren hat, den Lockdown aus vollem Herz zustimmt. Zudem sollte man bedenken, dass Erzeugung von Regelkonformität durch Angst- und Panikmache zu den häufigen Strategien zur Durchsetzung von Gesundheitsmaßnahmen gehört.